3 Wesentliche Feststellungen der Prüfung

3.1 Haushalts-, Kassen- und Rechnungsprüfung

Die örtliche Prüfung der Gemeindekasse hat nicht vollumfänglich den gesetzlichen Vorgaben entsprochen. (Rdnr. 7)

Durch Vereinbarung oder Sperrvermerk ist sicherzustellen, dass die Rückzahlung von Geldanlagen ausschließlich auf ein (Geschäfts-) Konto der Gemeinde erfolgen kann. (Rdnr. 9)

Es sind noch schriftliche Regelungen zur Berechtigungsverwaltung zu treffen. (Rdnr. 10)

3.2 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Die im Wirtschaftsplan jeweils festgesetzten Höchstbeträge der Kassenkredite sind teilweise deutlich überschritten worden. (Rdnr. 27)

Die gebührenrechtlichen Ergebnisse der Jahre 2017 und 2019 sind zu berichtigen. (Rdnr. 35)

Die Kostenüberdeckungen der Jahre 2014 - 2015 im Bereich der Schmutzwasserbeseitigung sind nicht vollständig ausgeglichen worden. (Rdnr. 36)

5 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen des Eigenbetriebs Gemeindewerke in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019

5.1 Betriebsverhältnisse

5.1.1 Gegenstand, Betriebsverhältnisse

- 17 Der Gegenstand und die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebs mit der Bezeichnung „Gemeindewerke Reichenbach an der Fils“ sind in der Betriebssatzung vom 18.11.2008 (BS), letztmals geändert am 20.11.2018, geregelt (§ 3 Abs. 2 EigBG).

Hauptzweck des Eigenbetriebs ist die Versorgung des Gemeindegebiets mit Wasser. Betriebszweck ist auch der Erwerb, der Bau und der Betrieb von Tiefgaragen sowie von Parkplätzen und die Elektrizitätsversorgung, insbesondere der Bau und der Betrieb von Energieerzeugungsanlagen (§ 1 Abs. 2 BS).

Mit Beschluss des Gemeinderats vom 20.11.2018 ist das Stammkapital von 100.000,00 EUR auf 400.000,00 EUR erhöht worden (§ 6 Abs. 1 BS).

Für den Eigenbetrieb wurde kein Betriebsausschuss gebildet (§ 2 Abs. 1. BS). Betriebsleiter, mit der Bezeichnung Werkleiter, ist der Fachbedienstete für das Finanzwesen (§ 3 Abs. 1 BS).

5.1.2 Kassengeschäfte, Buchführung, Jahresabschlüsse

- 18 Die Kassengeschäfte der Sonderkasse des Eigenbetriebs sind von der Gemeindekasse als fremdes Kassengeschäft (verbundene Sonderkasse gemäß § 98 Satz 2 GemO) mit erledigt worden.

Die Buchführung ist unter Anwendung des ADV-Verfahrens Komm.ONE Kommunal-master@Doppik nach den Regeln der Kommunalen Doppik erfolgt.

An der Erstellung der Jahresabschlüsse hat eine Steuerberatungsgesellschaft mitgewirkt.

5.2 Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse

Die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Prüfungszeitraum waren geordnet. Die Konzessionsabgabe in den Jahren 2015 - 2017 ist im Prüfungszeitraum voll erwirtschaftet worden. Die Konzessionsabgabe aus den Jahren 2018 und 2019 in Summe von rund 143 TEUR konnte nur in Höhe von rund 103 TEUR erwirtschaftet werden.

6 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung in den Wirtschaftsjahren 2015 bis 2019

6.1 Betriebsverhältnisse

6.1.1 Gegenstand, Rechtsverhältnisse

- 23 Der Gegenstand und die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebs mit der Bezeichnung „Abwasserbeseitigung Reichenbach an der Fils“ sind in der Betriebssatzung vom 05.11.1996 (BS) i.d.F. vom 18.01.2000 geregelt (§§ 1 und 2 BS).

Danach hat der Eigenbetrieb den Zweck, das im Gemeindegebiet anfallende Abwasser den Grundstückseigentümern abzunehmen, zu sammeln und der Kläranlage zuzuleiten (§ 1 Abs. 2 BS). Weiter obliegt dem Eigenbetrieb die Verwaltung des bei der Gemeinde verbleibenden Bereichs der Kläranlage, der nicht auf den Zweckverband Kläranlage Reichenbach an der Fils übergegangen ist (§ 1 Abs. 6 BS).

Von der Festsetzung eines Stammkapitals wurde abgesehen (§ 4 BS).

Für die Angelegenheiten des Eigenbetriebs ist der Gemeinderat zuständig, zudem ist eine Betriebsleitung (Fachbediensteter für das Finanzwesen der Gemeinde in Personalunion) bestellt. Auf die Bildung eines Betriebsausschusses ist verzichtet worden (§ 3 BS).

6.1.2 Kassengeschäfte, Buchführung, Jahresabschlüsse

- 24 Die Kassengeschäfte der Sonderkasse des Eigenbetriebs wurden von der Gemeindekasse als fremdes Kassengeschäft (verbundene Sonderkasse gemäß § 98 Satz 2 GemO) mit erledigt.

Die Buchführung wird mit Hilfe des ADV-Verfahren Komm.ONE Kommunalmaster®Doppik) geführt. Für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Eigenbetriebs sind die handelsrechtlich geprägten Vorschriften des Eigenbetriebsrechts maßgebend.

An der Erstellung der Jahresabschlüsse hat eine Steuerberatungsgesellschaft mitgewirkt.

6.2 Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse

25 Der Eigenbetrieb hat den Prüfungszeitraum 2015 bis 2019 insgesamt mit einem Verlust von 104 TEUR abgeschlossen.

Bei einem Vergleich des langfristig gebundenen Vermögens mit den langfristig gebundenen Finanzierungsmitteln hat zum 31.12.2019 eine stichtagsbezogene Unterfinanzierung in Höhe von 296 TEUR bestanden.

4 Haushalts-, Kassen- und Rechnungsprüfung

4.1 Kassenwesen

Örtliche Prüfungen

- A 7 Die Gemeindekasse ist im Prüfungszeitraum jährlich, mit Ausnahme des Jahres 2019, örtlich geprüft worden.

Die Gemeindekasse ist weiterhin jährlich mindestens einmal unvermutet zu prüfen (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 GemPrO), die spätere Abwicklung der einzeln aufgeführten Schwebeposten ist dabei ebenfalls aktenkundig zu machen. Im Übrigen können sich die Prüfungen nicht mehr nur auf reine Kassenbestandsaufnahmen beschränken, sondern es sind auch die weiteren Prüfungshandlungen (§ 8 Abs. 2 GemPrO) durchzuführen und zu dokumentieren (§ 9 Abs. 2 i.V.m. § 5 GemPrO).

Dienstanweisung für die Gemeindekasse

- 8 Der in Anlage 2 zur Dienstanweisung für die Gemeindekasse (DA Kasse) ausgewiesene Bestand stimmt nicht mit dem Bestand an Handvorschüssen in der Bilanz überein. Die Anlage 2 zur DA Kasse ist mit den vorliegenden Gegebenheiten in Einklang zu bringen (§ 28 Abs. 1 GemKVO).

Geldanlagen

- A 9 Die nicht benötigten Kassenmittel wurden im Prüfungszeitraum und danach als Festgelder sowie hauptsächlich in Bausparverträgen angelegt. Zum 31.12.2019 bestanden Bausparguthaben in Höhe von 4,0 Mio. EUR und ein Festgeld in Höhe von 1,0 Mio. EUR. Für die Geldanlagen lagen keine Vereinbarungen hinsichtlich der Rückzahlung der angelegten Mittel (Sperrvermerk) vor. Die vorliegenden Rückzahlungsvereinbarungen bezogen sich nur auf die Auszahlung der Zinsbeträge. Durch Vereinbarung oder Sperrvermerk ist sicherzustellen, dass die Rückzahlung von Geldanlagen ausschließlich auf ein (Geschäfts-) Konto der Gemeinde erfolgen kann (§ 12 Abs. 4 DA Kasse, GPA-Mitteilung 6/1996). Dies ist für die bestehenden Bausparverträge nachzuholen.

Berechtigungsverwaltung

- A 10 Zur Berechtigungsverwaltung liegen noch keine schriftlichen Regelungen vor. Für den Einsatz der finanzwirksamen ADV-Verfahren sowie zur Regelung der aktuellen Gegebenheiten (Zuständigkeiten, Verfahren zur Vergabe, Pflege, Änderung und Dokumentation der Zugriffsberechtigungen etc.) sind noch schriftliche Regelungen für die Berechtigungsverwaltung zu erlassen (§§ 6, 28 Abs. 1 GemKVO i.V.m. § 35 Abs. 5 Satz 2

Nr. 2 und Abs. 6 Satz 1 GemHVO). Bezüglich des Musters einer Dienstanweisung für die Berechtigungsverwaltung wird auf das Sonderheft 1/2012 der GPA-Mitteilungen verwiesen.

Mahnung, Beitreibung

- 11 Die stichprobenweise Überprüfung des Mahn- und Beitreibungswesens anhand der Auswertung der offenen Posten vom 17.02.2021 hat ergeben, dass die Fälle von der Verwaltung zeitnah und ordnungsgemäß bearbeitet werden.

4.2 Haushalts- und Rechnungswesen

Realsteuer-Istaufkommen

- 12 Die Prüfung der **Realsteuereinnahmen** in den Jahren 2015 bis 2019 hat ergeben, dass das Istaufkommen mit den Meldungen an das Statistische Landesamt übereinstimmt.

Bei der Prüfung der Meldungen zur **Gewerbesteuerumlage** sind ebenfalls keine Unstimmigkeiten festgestellt worden.

4.3 Jahresabschlüsse

- A 13 Die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre wurden nicht direkt unterhalb der Bilanz ausgewiesen. In kommenden Jahresabschlüssen sind die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre sowohl direkt unterhalb der Bilanz als auch im Anhang auszuweisen (§ 42 GemHVO i.V.m. § 53 Abs. 1 Nr. 7 GemHVO). Eine Darstellung der Angaben ausschließlich an anderer Stelle, z.B. im Anhang oder im Rechenschaftsbericht, ist nicht zulässig.
- A 14 Die Straßenbeleuchtung wurde teilweise auf LED umgerüstet (Austausch Beleuchtungskörper). Die Umrüstung wurde seitens der Verwaltung als investiver Vorgang angesehen und die entstandenen Kosten aktiviert. Hierzu ist Folgendes festzustellen:

Nach § 43 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO sind Vermögensgegenstände, sofern nichts Anderes bestimmt ist, zum Abschlussstichtag einzeln zu bewerten. Der Leitfaden zur Bilanzierung, 3. Auflage von Juni 2017 führt hierzu in Ziffer 2.1.1.1 die erforderlichen Voraussetzungen an, um die Vermögensgegenstände abgrenzen zu können. Zur Einhaltung des Grundsatzes der Einzelbewertung (§ 43 Abs. 1 Nr. 2 GemHVO) ist es nicht ausreichend, wenn Vermögensgegenstände zusammengefasst werden. Es wird weiter aus-

geführt, dass es umgekehrt nach diesem Grundsatz unzulässig ist, Vermögensgegenstände in ihre einzelnen Komponenten zu zerlegen, um beispielsweise unterschiedliche Nutzungsdauern anzuwenden. Maßgebend für die Bildung von Vermögensgegenständen in der Anlagenbuchhaltung und Bilanz ist das Vorliegen eines gewissen Nutzungs- und Funktionszusammenhangs. Die Straßenbeleuchtungseinrichtungen bestehen regelmäßig aus einem Lampenkörper welcher an einer Montageeinrichtung befestigt ist. Für die sachgerechte Ausleuchtung einer Straße ist zudem regelmäßig die Montage in einer gewissen Höhe notwendig. Ohne eine entsprechende Montage kann ein Lampenkörper regelmäßig seinen originären Zweck nicht erfüllen. Ebenso wird die Montageeinrichtung (i. d. R. Straßenbeleuchtungsmast) regelmäßig nur deswegen an einer Straße errichtet, um einen Lampenkörper aufzunehmen. Sowohl der Lampenkörper als auch der Mast können daher nur ihrem Zweck gerecht werden, wenn diese gemeinsam an der Straße errichtet werden.

Dass im Falle der Straßenbeleuchtungskörper das Vorliegen eines Nutzungs- und Funktionszusammenhang mit dem Straßenbeleuchtungsmast der herrschenden Meinung in der Kommunalen Doppik entspricht, wird auch daran deutlich, dass nach Ziffer 2.3.2.1 S. 42 und der Anlage 8 im Leitfaden zur Bilanzierung a.a.O., die Umstellung der Beleuchtung von konventioneller Beleuchtungstechnik auf LED-Beleuchtungstechnik grundsätzlich im Ergebnishaushalt abzubilden ist.

- A 15 Im Feuerwehrgerätehaus wurde im Jahr 2019 die Funk- und Elektrotechnik erneuert. Insgesamt sind Kosten von rd. 291 TEUR entstanden, die als Betriebsvorrichtung „Erneuer. Funk-/Elektrotechnik“ aktiviert wurden. Nach Aktenlage handelt sich hierbei überwiegend um Kosten, die durch Erneuerungen und Veränderungen am Gebäude entstanden sind. Diese Kosten, sofern es sich hierbei um nachträgliche Herstellungskosten im Sinne der Ziffer 2.3.2.2 des Leitfadens zur Bilanzierung a.a.O. handelt, sind beim Gebäude selbst zu bilanzieren.
- A 16 Im Jahresabschluss 2019 sind keine Wertberichtigungen auf Forderungen vorgenommen worden. Bei einigen Ansprüchen im Forderungsbestand zum 31.12.2019 erscheinen die Realisierungsmöglichkeiten und damit die Werthaltigkeit aufgrund laufender Insolvenzverfahren sowie deutlich zurückreichender Fälligkeiten zumindest fragwürdig. Gemäß § 43 Abs. 1 Nr. 3 Satz 1 GemHVO ist wirklichkeitsgetreu zu bewerten sowie im Interesse einer realistischen Vermögensdarstellung ein Bilanzausweis in der Höhe vorzunehmen, in der nach Betrachtung der Gesamtumstände mit einem Zahlungseingang tatsächlich gerechnet werden kann. Ist der Zahlungseingang ungewiss oder droht er ganz oder teilweise auszufallen (ausfallgefährdet bzw. uneinbringlich), ist der jeweilige Wert der Forderung über eine Einzelwertberichtigung zu bereinigen. Ein darüber hin-

aus bestehendes allgemeines Ausfallrisiko, welches einzelnen Ansprüchen nicht zugeordnet werden kann, ist durch eine pauschale Berichtigung des einzelwertberechtigten Gesamtforderungsbestands zu berücksichtigen (sog. Pauschalwertberichtigung). Forderungen in Insolvenzverfahren sind nur ausfallgefährdet, da noch keine Gewissheit über die Höhe des Ausfalls besteht. Ausfallgefährdete Forderungen sollen nur befristet niedergeschlagen werden und im Forderungsbestand und damit buchhalterisch auf den Debitoren-/Personenkonten belassen bleiben (§§ 32, 43 Abs. 1 Nr. 3 Satz 1 GemHVO, sowie Ziffer 3.3.7.2.2 Leitfaden zur Bilanzierung a.a.O.). Gleichwohl sind sie für den Bilanzausweis als Aufwand (Abschreibungen auf Forderungen) gegen entsprechende bilanzielle Wertberichtigungsunterkonten (z.B. 15291000 Einzelwertberichtigung auf öffentlich-rechtliche Forderungen) zu buchen und damit zu bereinigen; sie sind in einem Niederschlagungsverzeichnis zu überwachen. Erst bei endgültiger Uneinbringlichkeit wird die befristet niedergeschlagene Forderung aus dem Forderungsbestand ausgebucht (vgl. Kapitel 4.3.3 ff. Leitfaden zur Buchführung, 3. Auflage von Januar 2019). Eine zeitnahe Überprüfung der offenen Posten auf Werthaltigkeit ist daher geboten und ggf. eine Bereinigung (Einzelwertberichtigung bzw. Pauschalwertberichtigung - vgl. Ziffer 3.3.7.2 im Leitfaden zur Bilanzierung a.a.O.) vorzunehmen.

5.3 Ergebnisse der Sachprüfung

5.3.1 Allgemeines, Eigenbetriebsrecht

Wirtschaftspläne

- 19 Die Wirtschaftspläne 2015 bis 2019 sind jeweils erst in den Monaten Januar (2015 und 2016) bzw. im Februar und damit leicht verspätet aufgestellt worden (§ 14 Abs. 1 Satz 1 EigBG).

Jahresabschlüsse

- 20 Die Jahresabschlüsse 2015 bis 2019 sind von einer Steuerberatungsgesellschaft aufgestellt und wurden jeweils fristgerecht festgestellt (§ 16 Abs. 3 EigBG). Die Jahresergebnisse sind gemäß der Beschlussfassung des Gemeinderats jeweils auf neue Rechnung vorgetragen worden.

Neben dem Jahresabschluss hätte noch ein gesonderter Lagebericht aufgestellt werden müssen (§ 16 Abs. 1 EigBG).

Folgekostenregelung

- 21 Die Beziehungen zwischen der Gemeinde und dem Eigenbetrieb sind hinsichtlich eventueller Folgekosten bei Baumaßnahmen der Gemeinde bisher nicht schriftlich geregelt worden. Es wird empfohlen, die Kostentragung bei Änderung der Anlagen der Wasser- bzw. Energieversorgung infolge von Baumaßnahmen der Gemeinde noch schriftlich festzulegen.

5.3.1 Gebührenrecht

- 22 Die Wassergebühren sind zum 01.01.2015 (1,93 EUR/m³) und zum 01.01.2020 (2,21 EUR/m³) neu kalkuliert (jeweils einjähriger Bemessungszeitraum) und vom Gemeinderat wie von der Verwaltung vorgeschlagen beschlossen worden. Die Grundgebühren wurden zum 01.01.2015 kalkuliert.

Hierzu wird Folgendes bemerkt:

Die Gemeinde ist zwar bei einer nicht dem Kostendeckungsgrundsatz unterliegenden Einrichtung, wie der Wasserversorgung, nicht zu einer neuen Gebührenkalkulation verpflichtet, wenn der auf der Grundlage einer ordnungsgemäß zustande gekommenen Kalkulation beschlossene Gebührensatz auch über den Kalkulationszeitraum hinaus Gültigkeit besitzen soll. Im Hinblick auf das in § 14 Abs. 1 Satz 2 KAG eingeräumte Ermessen ist es jedoch erforderlich, dass der Gemeinderat dann in der Folgezeit zumindest über die Auswirkungen bei einer Beibehaltung der Gebührensätze (nachweislich) unterrichtet wird (z.B. im Rahmen der jährlichen Feststellungen der Jahresabschlüsse oder der Beschlussfassungen über die Wirtschaftspläne), da er nur unter dieser Voraussetzung von dem ihm zustehenden Ermessen Gebrauch machen und rechtmäßig entscheiden kann, ob es bei den bisherigen Gebührensätzen bleiben, die Gebührensätze verringert oder - im Fall eines Defizits - angehoben werden sollen (vgl. VGH, Urteil vom 15.03.2010, Az. 2 S 2725/09; außerdem s. § 39 Abs. 2 Nr. 15 GemO).

6.2 Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse

- 25 Der Eigenbetrieb hat den Prüfungszeitraum 2015 bis 2019 insgesamt mit einem Verlust von 104 TEUR abgeschlossen.

Bei einem Vergleich des langfristig gebundenen Vermögens mit den langfristig gebundenen Finanzierungsmitteln hat zum 31.12.2019 eine stichtagsbezogene Unterfinanzierung in Höhe von 296 TEUR bestanden.

6.3 Ergebnisse der Sachprüfung

6.3.1 Eigenbetriebsrecht

Wirtschaftspläne

- 26 Die Wirtschaftspläne des Prüfungszeitraums wurden jeweils erst im bereits laufenden Wirtschaftsjahr beschlossen. Die Aufstellung der Wirtschaftspläne erfolgte demzufolge verspätet. Künftig sollte eine fristgerechte Aufstellung vor Beginn des Wirtschaftsjahres angestrebt werden (§ 14 Abs. 1 Satz 1 EigBG).
- A 27 Die im Wirtschaftsplan jeweils festgesetzten Höchstbeträge der Kassenkredite in Höhe von 500 TEUR (2015 - 2017) bzw. 700 TEUR (2018 - 2019) sind entgegen § 12 Abs. 1 Satz 3 EigBG i.V.m. § 89 Abs. 2 GemO teilweise deutlich überschritten worden (bspw. zum 31.12.2016: rd. 765 TEUR, zum 31.12.2017 rd. 898 TEUR und zum 31.12.2018 rd. 731 TEUR). Es wird darauf hingewiesen, dass der Höchstbetrag der Kassenkredite auch bei Inanspruchnahme von Kassenmitteln der Gemeinde im Rahmen der verbundenen Sonderkasse nicht überschritten werden darf.

Jahresabschluss

- 28 Die Jahresabschlüsse sind in den Jahren 2018 und 2019 leicht verspätet (2018: 26.07.2019, 2019: 07.07.2020) aufgestellt worden (§ 16 Abs. 2 EigBG). Die Feststellung der Jahresabschlüsse im Prüfungszeitraum durch den Gemeinderat ist jeweils fristgerecht erfolgt (§ 16 Abs. 3 EigBG).
- 29 Die Bilanz wäre nach wie vor nach Formblatt 1 der Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 EigBVO zu gliedern gewesen (§ 8 Abs. 1 EigBVO, s. hierzu bereits Rdnr. 54 des Prüfungsberichts der GPA vom 08.09.2016). Außerdem wird erneut darauf hingewiesen, dass ein Lagebericht aufzustellen gewesen wäre, der den inhaltlichen Anforderungen des § 11 EigBVO und des § 289 HGB entspricht (bspw. hätte die Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen jeweils unter Angabe von Anfangsstand, Zugängen und Entnahmen dargestellt werden müssen).

6.3.2 Gebührenrecht

Allgemeines

- 30 Die Gemeinde Reichenbach a.d.F. führt die zentrale und dezentrale Abwasserbeseitigung als einheitliche öffentliche Einrichtung. Zum Zeitpunkt der überörtlichen Prüfung galt die Abwassersatzung (AbwS) vom 13.12.2011 i.d.F. vom 22.10.2019.

Gebührenkalkulationen

- 31 Die Abwassergebühren sind von der Verwaltung zum 01.01.2015, zum 01.01.2017, zum 01.01.2018 sowie zum 01.01.2020 neu kalkuliert worden (jeweils einjährige Gebührenkalkulationen). Es galten folgende Gebührensätze:

	01.01.2015 - 31.12.2016	01.01.2017- 31.12.2017	01.01.2018- 31.12.2019	Seit 01.01.2020
Schmutzwasser- gebühr	2,38 EUR/m ³	2,18 EUR/m ³	1,95 EUR/m ³	2,20 EUR/m ³
Niederschlags- wassergebühr	0,45 EUR/m ²	0,42 EUR/m ²	0,39 EUR/m ²	0,48 EUR/m ²

- 32 Für die Jahre 2016 sowie 2019 wurden die Abwassergebühren nicht kalkuliert, sondern die bisherigen Gebührensätze des jeweils vorangegangenen Bemessungszeitraums sind beibehalten worden. Es wird darauf hingewiesen, dass Gebühren einem grundsätzlichen Kalkulationserfordernis (§ 14 Abs. 1 Satz 1 KAG) unterliegen. Insbesondere, wenn Kostenüber- oder Kostenunterdeckungen aus Vorjahren in die zuletzt beschlossene Gebührenkalkulation zum Ausgleich eingestellt wurden, sollte nach Ablauf des Kalkulationszeitraums künftig eine neue Gebührenkalkulation erstellt werden. Kostenüber- und Kostenunterdeckungen, die in der vorangegangenen Gebührenkalkulation eingestellt worden sind, gelten im Folgejahr - auch wenn der Gebührensatz beibehalten wird - nicht wieder als erneut eingestellt. Auf das gebührenrechtliche Risiko im Falle eines Verstoßes gegen das Kostenüberschreitungsverbot nach § 14 Abs. 1 Satz 1 KAG wird hingewiesen.

Gebührenrechtliche Ergebnisse, Ausgleich Kostenüber- und Kostenunterdeckung

- 33 Die gebührenrechtlichen Ergebnisse (Kostenüberdeckungen (+) und Kostenunterdeckungen (-)) der jeweils einjährigen Bemessungszeiträume 2015 bis 2019 (Rdnr. 31) sind von der Verwaltung wie folgt ermittelt worden:

Bemessungszeitraum	2015	2016	2017	2018	2019
Schmutzwasserbeseitigung	81 TEUR	163 TEUR	- 77 TEUR	43 TEUR	- 105 TEUR
Niederschlagswasserbeseitigung	28 TEUR	23 TEUR	6 TEUR	- 22 TEUR	- 57 TEUR

Für weitergehende Aufgliederungen wird auf **Anlage 5** verwiesen.

- 34 Darauf aufbauend haben laut Berechnung der Verwaltung im Rahmen der Ermittlung der gebührenrechtlichen Ergebnisse unter Berücksichtigung der in die Gebührenkalkulation zum 01.01.2015, zum 01.01.2017, zum 01.01.2018 und zum 01.01.2020 zum Ausgleich eingestellten Kostenunter- und Kostenüberdeckungen aus Vorjahren und den in 2016 (Verrechnung Kostenüberdeckung der Niederschlagswasserbeseitigung 2015 mit den Kostenunterdeckungen 2013 und 2014) und 2017 (Verrechnung Kostenüberdeckung der Niederschlagswasserbeseitigung 2016 mit der verbleibenden Kostenunterdeckung 2014) erfolgten Verrechnungsbeschlüsse zum 31.12.2019 folgende Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen bestanden (§ 14 Abs. 2 Satz 2 KAG):

Bemessungszeitraum	2015	2016	2017	2018	2019
Schmutzwasserbeseitigung	20 TEUR	82 TEUR	- 37 TEUR	43 TEUR	- 105 TEUR
Niederschlagswasserbeseitigung	0 TEUR	7 TEUR	4 TEUR	- 22 TEUR	- 57 TEUR

Die im Gesamten lt. Verwaltung noch bestehenden Kostenüberdeckungen in Höhe von 156 TEUR (Schmutzwasserbeseitigung: 145 TEUR / Niederschlagswasserbeseitigung: 11 TEUR) entsprechen zugleich der zum 31.12.2019 bilanzierten Gebührenausgleichsrückstellung.

- A 35 Zur Ermittlung der gebührenrechtlichen Ergebnisse haben sich folgende Feststellungen ergeben:

- (1) Soweit in die Gebührenkalkulation Kostenüber- oder Kostenunterdeckungen aus vorangegangenen Bemessungszeiträumen eingestellt worden sind, muss bei der Ermittlung der gebührenrechtlichen Ergebnisse eine Berücksichtigung dieser Ausgleichsbeträge erfolgen. Dabei sind Kostenüberdeckungen wie Gebührenaufkommen und Kostenunterdeckungen wie Kosten zu behandeln. Eine Berücksichtigung

der in die Gebührenkalkulationen eingestellten Kostenüber- oder Kostenunterdeckungen hat bei der Ermittlung des gebührenrechtlichen Ergebnisses 2017 nicht stattgefunden.

- (2) Nachdem für das Jahr 2019 keine Gebührenkalkulation erstellt worden ist (s. Rdnr. 31), hätte bei der Ermittlung des gebührenrechtlichen Ergebnisses 2019 (s. Rdnr. 33) keine Kostenunter- bzw. Kostenüberdeckung berücksichtigt werden dürfen.

Die gebührenrechtlichen Ergebnisse sind entsprechend zu berichtigen, was sich wiederum auf die gebildete Gebührenausgleichsrückstellung auswirken wird (Kostenüberdeckungen).

A 36 Die Kostenüberdeckungen (s. Rdnr. 33) der Jahre 2014 bis 2015 im Bereich der Schmutzwasserbeseitigung sind nicht vollständig ausgeglichen worden. Kostenüberdeckungen sind innerhalb des Ausgleichszeitraums nach § 14 Abs. 2 Satz 2 KAG auszugleichen. Auf den Geschäfts- und Kommunalfinanzbericht 2013, 48f. wird hingewiesen.

37 Auch, wenn zu Kostenunterdeckungen aus kalkulationslosen Zeiten, wie es hier im Jahr 2019 der Fall ist, in Baden-Württemberg bislang noch keine Rechtsprechung vorliegt, bestehen rechtliche Bedenken hinsichtlich der Ausgleichsfähigkeit solcher Kostenunterdeckungen. Weil diese wegen der fehlenden Kalkulation nicht auf Unwägbarkeiten einer Prognoseentscheidung beruhen, sondern der Gebührengläubiger vielmehr davon abgesehen hat, für den fraglichen Zeitraum eine Kalkulation mit dem Ziel zu erstellen, eine dem Kostendeckungsgebot genügende Gebührenanpassung herbeizuführen, ist davon auszugehen, dass es sich faktisch um in Kauf genommene Kostenunterdeckungen handelt, die nicht ausgleichsfähig wären (vgl. VGH, Urteil vom 20.01.2010, Az. 2 S 1171/09, GPA-Mitteilung 1/2020, Ziff. 3).

Nicht zuletzt aus diesem Grund wird empfohlen, künftig lückenlos aufeinanderfolgende Gebührenkalkulationen zu erstellen und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen (§§ 24 Abs. 1 Satz 1, 34 Abs. 1 Satz 1 und 39 Abs. 2 Nr. 15 GemO).

Ergänzende Hinweise zur rechtskonformen Ermittlung und Ausgleichssystematik von Kostenüber- und Kostenunterdeckungen können der GPA-Mitteilung 1/2020 entnommen werden.

Anlagenbuchhaltung

- 38 Die Kanäle werden im Anlagennachweis noch nicht haltungsbezogen geführt. Bei Anlagenabgängen (z.B. Kanalauswechslung im Rahmen von Kanalsanierungen) lässt sich deshalb nicht feststellen, ob und in welchem Umfang vorhandene Kanalrestbuchwerte in Abgang zu nehmen wären.
- 39 Bei den Kanal- und Klärbeiträgen haben die Auflösungssätze teilweise von den Abschreibungssätzen der Kanäle bzw. dem durchschnittlichen Abschreibungssatz für die Kläranlage abgewichen.

Nach § 14 Abs. 3 Satz 4, 2. Halbsatz KAG sind Ertragszuschüsse zu passivieren und jährlich mit einem durchschnittlichen Abschreibungssatz der Teileinrichtungen Kanal- und Klärbereich bzw. mit dem einheitlichen Abschreibungssatz für die Gesamteinrichtung der Abwasserbeseitigung aufzulösen. Im Rahmen der überörtlichen Prüfung hat die Verwaltung bereits zugesagt, einen durchschnittlichen Abschreibungssatz neu zu ermitteln.

Stuttgart, 26.01.2022

Gemeindeprüfungsanstalt
Baden-Württemberg

Wilma Wiegand
stv. Abteilungsleiterin

Benjamin Thiele
Prüfungsleiter